

Pressemitteilung

Dresden, den 31. Januar 2018



LandesSchülerRat Sachsen
Hoyerswerdaer Straße 1
01099 Dresden

leonard.kuehlewind@lsr-sachsen.de

Regierungserklärung: Probleme benannt, jetzt kann die Arbeit beginnen!

In der heutigen Regierungserklärung hat die Staatsregierung ihre Ziele für eine bessere Bildung in Sachsen vorgestellt. Der LandesSchülerRat Sachsen fordert als Folge dieser Erklärung nun unmittelbare Taten.

Landesschülersprecher Noah WEHN resümiert: "Die heutige Regierungserklärung hat für Sachsens Bildung gute und wichtige Akzente gesetzt. Die angesprochenen Themen und Herausforderungen bestehen jedoch schon länger. Umso mehr sind wir zuversichtlich, dass die Regierung um Michael Kretschmer ihre Ziele nun anpackt, das erwarten Sachsens Schülerinnen und Schüler!"

Ministerpräsident Kretschmer kündigte an, in der Lehrerbezahlung neue Akzente setzen zu wollen. Der LandesSchülerRat lehnt die Verbeamtung von Lehrern in Sachsen ab und wirbt stattdessen für zukunftsfähige Lösungen.

Landesschülersprecher Noah WEHN: "Die Verbeamtung nach den bisherigen Plänen ist ungerecht für viele Lehrkräfte und kann sich zu einer großen finanziellen Belastung für kommende Generationen entwickeln. Es braucht tiefgreifendere Ansätze zur Entlastung der Lehrer und Steigerung der Attraktivität des Berufes: Reformen in der Lehramtsausbildung, Ausbau der Unterstützungssysteme wie Sozialarbeiter und Reduzierung der Verwaltungsaufgaben sind dabei nur einige Aspekte."

Ein Kernthema im Bereich Bildung ist für den neuen Ministerpräsidenten Kretschmer die politische Bildung. Neben der Ankündigung, diese zu stärken, will die neue Staatsregierung konkret die Empfehlungen des Konzeptes "W wie Werte" umsetzen. Landesschülersprecher WEHN dazu: "Wir begrüßen es, dass auf der politischen Bildung in der Regierungserklärung ein Schwerpunkt lag. Genau deswegen fordern wir jetzt, den Worten bald Taten folgen zu lassen. Neben einer festen Verankerung politischer Bildung im Lehramtsstudium ist auch die Stärkung des Gemeinschaftskundeunterrichtes zu nennen, Gemeinschaftskunde ab Klasse 7 muss in den nächsten Jahren in allen Schularten zur Realität werden."

Pressemitteilung

Dresden, den 27. Januar 2018



Konkret sprach Ministerpräsident Kretschmer davon, politische Bildung sei kein Lernfach, sondern etwas, was man erleben müsse. WEHN: "Bei dieser Einschätzung stimmen wir dem Ministerpräsidenten zu. Bei der Überarbeitung der Lehrpläne in den Geisteswissenschaften, bei der Frage, welche Inhalte wie vermittelt werden sollen, braucht es den umfangreichen Dialog mit den Beratungsgremien des Kultusministeriums. Wir sind bereit, die Regierung dabei zu unterstützen, damit politische Bildung nicht zum Lernfach wird."

Auch beim Thema Digitale Schule sieht sich die Staatsregierung auf einem guten Weg. Der LandesSchülerRat vermisst hier aber konkrete Zielstellungen. "Die Digitalisierung schreitet rasant voran und sowohl Ausstattung als auch Lernmethoden in der Schule entsprechen heute oftmals nicht der privaten Lebenswirklichkeit der Schüler. Schulen müssen digital aufgerüstet und die Medienbildung gestärkt werden. Dafür braucht es konkrete Zeitpläne, beim Thema Ausstattung besonders im Schulterschluss mit der kommunalen Familie", so WEHN.

Das im Koalitionsvertrag festgeschriebene Bildungsticket soll nun Priorität genießen. WEHN dazu: „Wir brauchen das Ticket jetzt! Mobilität für Schüler und Auszubildende stärkt besonders die duale Ausbildung. Aber Mobilität darf sich nicht allein auf einen einzigen Verkehrsverbund beschränken, sondern muss eine sachsenweite Dimension haben. Das bedeutet nicht zuletzt auch eine wichtige Stärkung des ländlichen Raumes. Hier muss die Regierung klarmachen, dass sie das sachsenweite Bildungsticket anstrebt!“